

'Wir brauchen eine Willkommenskultur'

Angesichts der niedrigen Einbürgerungszahlen fordern Politiker, den deutschen Pass attraktiver zu machen

Angesichts der anhaltend niedrigen Einbürgerungszahlen fordern Integrationspolitiker, die Anforderungen für einen deutschen Pass zu senken, und mahnen mehr Offenheit in Ämtern und Gesellschaft an. 'Einbürgerung muss endlich als Chance begriffen werden - wir müssen wegkommen von dem Gedanken ‚wir wollen Euch Ausländer nicht‘', sagte der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Hartfrid Wolff, am Dienstag der Süddeutschen Zeitung. Ausländerämter und Arbeitsagenturen müssten den Zuwanderern auf dem Weg zum deutschen Pass behilflich sein. 'Wir brauchen da eine Service- und Willkommenskultur.' Wolff sprach sich für eine sogenannte Turboeinbürgerung aus: Menschen, die sich besonders schnell eingliederten und Deutsch lernten, sollten schneller die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Bislang müssen Einwanderer in der Regel mindestens acht Jahre legal in Deutschland gelebt haben, ehe sie den Pass beantragen können.



Die Integrationsexpertin der SPD-Fraktion, Aydan Özoguz, machte vor allem die politische Stimmung für das geringe Interesse an deutschen Pässen verantwortlich. 'Den Zuwanderern wird durch die Debatten immer wieder das Gefühl vermittelt, sie seien eigentlich alle ein Problem', sagte die Deutsch-Türkin, die vor 21 Jahren selbst eingebürgert wurde. Als Beispiel nannte sie den jüngsten Vorstoß aus der Berliner CDU, Zuwanderer künftig per Intelligenztest auszuwählen. Dies mache

viele positive Signale, etwa durch den Integrationsgipfel der Bundesregierung, zunichte, sagte sie. 'Ich kenne viele Leute, die dieser Umgang mit Zuwanderern derart abschreckt, dass sie auf eine Einbürgerung lieber verzichten - die Stimmung muss sich ändern.' Özoguz forderte, doppelte Staatsbürgerschaften zumindest für eine Übergangszeit generell zuzulassen. Bisher müssen vor allem Türken ihren alten Pass abgeben, wenn sie Deutsche werden wollen.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer (CDU), sagte, die neuen Zahlen müssten sorgfältig analysiert und das Werben für Einbürgerungen solle intensiviert werden. In den zuständigen Behörden sollte 'verstärkt die Hand ausgestreckt werden'. Noch sei es allerdings zu früh, über gesetzliche Erleichterungen nachzudenken, sagte Böhmer.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt bekanntgegeben, dass die Zahl der eingebürgerten Zuwanderer nach dem Rekordtief 2008 im vergangenen Jahr lediglich um 1,7 Prozent gestiegen ist. Dies ist der zweitniedrigste Wert seit elf Jahren. Insgesamt erhielten gut 96100 Ausländer einen deutschen Pass, 1650 mehr als im Jahr zuvor. Im Jahr 2000, als ein neues Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft trat, hatten die Behörden fast doppelt so viele Menschen (etwa 186700) eingebürgert. Das Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als sowohl die Bundesregierung wie auch mehrere

Bundesländer im vergangenen Jahr eine Kampagne für den deutschen Pass gestartet haben - unter anderem hatte Angela Merkel im Kanzleramt 16 Neubürgern persönlich die Einbürgerungsurkunden überreicht und dazu aufgerufen, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Die meisten Eingebürgerten stammten im vergangenen Jahr aus der Türkei, gefolgt von den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, dem Irak, Polen und Afghanistan.

Von Roland Preuß